

Niederschrift

der 11. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Am Mellensee am Montag, dem 25.05.2021 in der Sporthalle in Mellensee, Hauptstraße 21, 15838 Am Mellensee / OT Mellensee

Zu 06. Diskussion zur Beteiligungssatzung der Gemeinde Am Mellensee

Die Ausschussmitglieder diskutieren die vorliegende Beteiligungssatzung sowie den eingebrachten Anhang. Der Ausschussvorsitzende sieht es als fraglich, ob sich die Formulierung „betroffenen Bürger“ auf den jeweiligen Ortsteil oder auf die gesamte Gemeinde bezieht. Weiter stellt er die Frage, inwieweit der Finanz- und Wirtschaftsausschuss mit dieser Thematik betroffen ist. Ein Ausschussmitglied der Fraktion Die Linke erklärt, dass diese Satzung zur Diskussion von der Gemeindevertretung in alle Ausschüsse verwiesen wurde. Die Bezeichnung „Betroffene“ wurde bereits aus der Satzung genommen und soll nun durch eine Quotierung konkretisiert werden. Einige Mitglieder des Ausschusses sehen nicht die Zuständigkeit für den Finanzausschuss. Es wird abgestimmt, ob weiter über den TOP diskutiert werden soll. Die Abstimmung ergibt 1 ja-Stimme und 3 nein-Stimmen. Somit wird dieses Thema nicht weiter diskutiert.

Der Vorsitzende des Ausschusses bittet zukünftig darum, dass Verweisungen in die Ausschüsse auch an die tatsächlich betroffenen Fachausschüsse erfolgen.

Niederschrift

der 13. Sitzung des Bauausschusses der Gemeinde Am Mellensee, am 27.05.2021, in der Sporthalle Mellensee, Hauptstraße 21, 15838 Am Mellensee

Zu 11. Diskussion zur Beteiligungssatzung der Gemeinde Am Mellensee

Frau Schulze beantragt Rederecht für Frau Kruppa (Gemeindevertreterin). Der BA stimmt einstimmig zu.

Nach erfolgter Diskussion stimmt der BA einstimmig dem Entwurf der Satzung zur Beteiligung der Einwohner der Gemeinde Am Mellensee (Einwohnerbeteiligungssatzung) zu.

Niederschrift

der 11. Sitzung des Bildungs-, Sozial- und Kulturausschusses der Gemeinde Am Mellensee am Montag, den 31.05.2021 in der Sporthalle in Mellensee, Hauptstraße 21, 15838 Am Mellensee / OT Mellensee

Zu 7. Diskussion zur Beteiligungssatzung der Gemeinde Am Mellensee

Die Mitglieder diskutierten ausgiebig über § 4 Abs. 7 des Entwurfes zur Beteiligungssatzung. Es wird mehrheitlich empfohlen, hier keine weitere Hürde einzuarbeiten. Sollte es Probleme mit dieser Lösung geben, muss die Satzung überarbeitet werden.

Nachtrag per Mail zum BSK-Ausschuss (D. Pehnert)

§3 Abs 1 Einwohnerfragestunde

Warum dürfen hier nicht die Gemeindevertreter bzw. Fraktionen angesprochen werden bzw. auch antworten?

Die Kommunalverfassung schließt dies nicht aus.

§4 Einwohnerversammlung

Warum übernehmen wir nicht hier den Text aus der Kommunalverfassung der ja rechtlich bindend ist?

(1) Wichtige Gemeindeangelegenheiten sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck sind Einwohnerversammlungen und andere Formen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen. Einwohnerversammlungen können in größeren Gemeinden auch auf Teile der Gemeinde begrenzt werden. Von der Teilnahme an der Einwohnerversammlung können Personen ausgeschlossen werden, die nicht Einwohner sind.

(2) Die Gemeindevertretung hat eine Einwohnerversammlung anzuberaumen, wenn dies von der Einwohnerschaft beantragt wird. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und die zu erörternden Angelegenheiten angeben. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb des letzten Jahres nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren. Jeder Einwohner, der das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat, ist antragsberechtigt. Der Antrag muss von mindestens fünf vom Hundert dieser Einwohner unterzeichnet sein.

(3) Über die Zulässigkeit des Antrags entscheidet die Gemeindevertretung. Ist der Antrag zulässig, muss die Einwohnerversammlung innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags abgehalten werden. (4) Die Vorschläge und Anregungen der Einwohnerversammlung sollen innerhalb einer Frist von drei Monaten von der Gemeindevertretung behandelt werden.

§5 Einwohnerbefragung

Abs. 1 Änderungsvorschlag

„des gesamten Gemeindegebietes oder einzelner Orts- bzw. Gemeindeteile **oder betroffener bzw. einzelner Personengruppen**“

z.B. Nur Eltern oder Senioren oder Schüler, Fahrradfahrer ☺

Abs. 2

Die Einschränkung des 18. Lebensjahres könnte von Nachteil sein bei eventuellen Befragungen unter Schülern und Jugendlichen.

Kann dazu auch keine Vorgabe in der Kommunalverfassung bzw. Kommentare finden

Abs. 3

Hier sollten auch Textfelder für Meinungen und Anregungen zugelassen sein.

Auch sollte festgehalten sein, dass diese Befragung auch online durchgeführt werden kann

§9 Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen

Abs. 4

„Die Gemeinde entscheidet in Abstimmung mit der/dem Kinder- und Jugendbeauftragten ...“

Wer ist hier mit Gemeinde gemeint? Gemeindevertretung, BGM ...?

Das sollte genau geschrieben stehen

Feedback per Mail vom sachkundigen Einwohner V. Eilenberger:

Das könnte dann auch nur eine betroffene Straße sein. Unter diesen Umständen kann es auch bei der 5% Hürde bleiben. Diese Fassung begrüße ich

Schöne Grüße

Volker Eilenberger